

## Die große Verantwortung der EU für den Ukraine-Konflikt

VON ANDREAS ZUMACH

*Wenn die historische Hauptverantwortung des Westens für das Entstehen des Ukraine-Konflikts diskutiert wird, ist meistens die NATO im Fokus. Von der EU ist weniger die Rede.*

Abgesehen davon, dass 22 der 28 Mitglieder der NATO auch der EU angehören und damit die nationalstaatlichen Akteure und ihre Interessen in beiden Organisationen zu fast drei Viertel identisch sind, gibt es auch eine spezifische historische Verantwortung der Europäischen Union für das Entstehen des Ukraine-Konfliktes sowie eine aktuelle Verantwortung für seine ständige Eskalation seit Februar 2014. Die historische Verantwortung beginnt im Jahr 2001 mit der Verabschiedung der „Lissabon-Strategie“ der EU. Darin proklamierte die EU, bis spätestens 2010 der wirtschaftlich stärkste, innovativste und wettbewerbsfähigste „Global Player“ zu sein. Ein geradezu imperiales Ziel. Zu seiner Verwirklichung hielten es die Strategen der Brüsseler EU-Kommission für unerlässlich, vor allem zwei Staaten durch Assoziierungsabkommen, eine Zollunion und andere Maßnahmen möglichst nahe an die EU anzubinden und zu ihrem Einflussgebiet und Markt zu machen: die Ukraine, den größten Flächenstaat Europas, sowie die Türkei, das bevölkerungsreichste Land.

Gegen eine Vollmitgliedschaft insbesondere der Türkei gab (und gibt) es Bedenken vor allem in Berlin, weil die Türkei mit über 100 Millionen Einwohnern Anspruch auf mehr Sitze im Straßburger Europaparlament hätte, als das bislang sitzstärkste Deutschland. 2004 verkün-

→ weiter auf Seite 3



## Keine deutschen Rüstungsexporte

### AMOS-Preis-Verleihung an Jürgen Grässlin

VON RENATE LÜCK UND ALBRECHT BREGENZER

Das Thema Kleinwaffen der Firma Heckler & Koch begleitet die OK schon sehr lange. Wolf-Dietrich Hardung hat vor vielen Jahren einen flammenden Artikel über Kindersoldaten geschrieben. Nun bekam einer, der sich massiv gegen den Waffenexport aus Deutschland einsetzt, den AMOS-Preis für Zivilcourage in Kirchen, Religionen und Gesellschaft: der Pädagoge und Publizist Jürgen Grässlin.

Grässlin recherchiert und schreibt nicht nur, er guckt sich in der Welt an, was deutsche Waffen anrichten. „Das Flüchtlingsdrama ist ebenso eine Folge der deutschen Waffenexporte wie die Christenverfolgung und das Ende des Arabischen Frühlings“, sagte er in einem Interview in Publik Forum. In seiner Rede in der Erlöserkirche betonte er: „Deutschland rangiert auf Platz 3 in der Welt, Euromeister beim Waffenhandel – was für ein unrühmlicher Titel!“ Bei der Menge handelt es sich nicht nur um befreundete Länder. Deutschland rüstet Regionen auf, in denen (Bürger-)Krieg herrscht und aus denen dann die Flüchtlinge kommen, wie Ägypten, Algerien, Indonesien, Irak, Libyen und Pakistan. Auch Regierungen, die Oppositionelle

und anders Glaubende bekämpfen, wie Saudi Arabien und Vietnam, bekommen mühelos deutsche Waffen. „Die Rüstungsexporte sind die tödlichste Form der deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik.“ Das belegt Grässlin in seinem „Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient“.

#### Die Menschen hinter den Zahlen

Nach seinen Analysen sind bis heute mehr als 2,1 Millionen Menschen durch Kugeln von H&K-Waffen gestorben und Abermillionen überleben die Schüsse verkrüppelt und traumatisiert. „Tendenz steigend, weil die Nachfolgemodelle noch treffsicherer sind.“ Drei Viertel dieser Menschen sind Opfer von Pistolen und Gewehren. Im Gegensatz zum „American Sniper“, der seine Opfer im Irak nicht sah, reist der Lehrer Grässlin mit seiner Frau in den Schulferien in Krisengebiete und besucht Familien und Krankenhäuser, Behindertenheime und Massengräber. Er lässt sich die Geschichten erzählen, die die Familien zerstörten. 220 Menschen interviewte er und stellt sie in seinem Buch „Versteck dich, wenn sie schießen“ vor.

„Meine Lebensaufgabe sehe ich darin, Überlebenden in Afrika, Asien und Lateinamerika eine Stim-

me zu geben und die Täter beim Namen zu nennen. Das Massenmorden mit deutschen Kriegswaffen darf nicht länger totgeschwiegen werden“, sagte Jürgen Grässlin. Er versteht nicht, warum die Christin Angela Merkel Christenverfolgungsregime mit Waffen beliefert und noch viel mehr regt er sich darüber auf, dass der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder aus dem Wahlkreis Rottweil-Tuttlingen Vorträge über verfolgte Christen hält, aber „bei der Abwicklung von Exportanfragen“ der Firma Heckler & Koch „immer wieder die Hand über uns gehalten hat“, wie deren Hauptgesellschafter Andreas Heesch kundtat. Und er ärgert sich auch über die Stuttgarter Staatsanwaltschaft, die nach fünf Jahren Ermittlungen immer noch nicht diejenigen verfolgt, die Abertausende von Sturmgewehren illegal in mexikanische Unruheprovinzen lieferten.

2011 gründete Grässlin die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, der auch die OK beiträt. Sie will eine Ergänzung des Artikels 26 (2) im Grundgesetz erreichen, damit Kriegswaffen und Rüstungsgüter nicht exportiert werden dürfen. „Um

→ weiter auf Seite 2

EDITORIAL



**Liebe Leserinnen und Leser!**

Politik und Kirche führen eine schwierige Beziehung. Wenn es in der Bibel heißt „Suchet der Stadt Bestes“ (Jer 29,7), dann stehen wir so klug da als wie zuvor. Wie so oft, kommt es darauf an, diesen Satz zu füllen, damit er nicht zur Floskel verkommt und als frommer Spruch stehen bleibt. Es kommt darauf an, ihn mit Substanz zu füllen.

Was aber ist nun der Stadt Bestes? Wenn in der Geschichte das Christentum mit dem Staat im Bett gelandet ist, dann kam durchaus nicht das Beste dabei heraus. In Frankreich führte das zur endgültigen Scheidung. Andererseits sind manche Christinnen und Christen sich selbst genug. Sie führen eine gleichgültige und beziehungslose Nachbarschaft zum Staat. Nicht ohne dabei hier und da schein über den Gartenzaun zu blicken und sich über die Gepflogenheiten des Nachbarn abfällig zu äußern. Getreu dem Motto: Wenn du nur so wärst wie ich sein sollte.

Es braucht wohl eine Freundschaft. Gegenseitigen Respekt, der die Stärken des anderen sieht und sich mit den eigenen Schwächen auseinandersetzt. Nachbarschaftshilfe gehört dazu. Von Seiten der Kirche ist die (repräsentative) Demokratie als Errungenschaft der Freiheit hoch zu schätzen. Der Staat kann anerkennen, dass die Kirche Sinn stiftet, gerade auch durch ihre Präsenz im öffentlichen Raum.

Die Auseinandersetzung um der Stadt Bestes wird im Staat wie auch innerkirchlich weitergehen. Sie ist ein Zeichen der Freiheit und echten Suchens nach gangbaren Wegen. Die Offene Kirche hat sich nie gescheut, intern politisch zu diskutieren und zum öffentlichen Meinungsaustausch beizutragen.

So findet sich in dieser Zeitung heute viel Politisches. Und das ist gut so! Ihr

Jörg Boss

→ Fortsetzung von Seite 1, rechts

das Flüchtlingselend zu beenden, fordern wir: Grenzen öffnen für Menschen – Grenzen schließen für Waffen!“

**Ernst mit Gewaltfreiheit**

Der Laudator Joachim Schilling, landeskirchlicher Pfarrer für Friedensarbeit, besuchte vor der Veranstaltung Grässlins Schule und befragte Lehrkräfte und Schüler und wunderte sich, wie dieser engagierte Pädagoge das alles schafft: Schule mit allem, was dazu gehört, Vorträge, Recherchen und Prozesse, die ihn manchmal an den Rand des finanziellen Ruins bringen. „Sie legen sich wie David mit dem Rüstungsindustrie-Goliath an“, sagte er und konstatierte: „Sie sind für mich der Träger des Evangeliums. Sie machen Ernst mit der Botschaft Jesu von der Gewaltfreiheit.“

Die Vorsitzende der OFFENEN KIRCHE und der Jury, Ulrike Stepper, unterstrich: „Sie recherchieren

in mühsamer Arbeit Fakten und Daten, die viele nicht veröffentlicht haben und nicht hören möchten. Sie ecken an und doch sind Sie unermüdlich konkret, laut, deutlich.“ Im Namen von Vorstand und Synodalen forderte sie die Landeskirche auf, sich intensiver für Frieden einzubringen. Der diesjährige Fastenbrief der OK nahm die Forderungen des ökumenischen konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung auf. „damit diese Tatsachen nicht mehr im Geheimen verhandelt werden können, sondern wir uns unserer Verantwortung stellen müssen.“

„Mit Jürgen Grässlin hat die OK einen AMOS-Preisträger gefunden, der überzeugt und der für seine Überzeugungen kämpft. Er ist aber kein Fanatiker“, sagte AMOS-Preis-Schirmherr Erhard Eppler, Bundesminister und Kirchentagspräsident a.D. Er stellte die Fragen von Krieg und Waffengewalt in einen historis-

chen Kontext. 1914 hätten sich konsolidierte Staaten gegenüber gestanden, die sich einen Krieg zugetraut hätten.

**Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt**

Heute finde die Waffengewalt zu 90 Prozent in zerfallenden oder zerfallenen Staaten wie Syrien, Nigeria, Mali, Irak und anderen statt, in denen der Staat sein Gewaltmonopol nicht mehr ausüben könne. Die Gewalt liege dort bei entstaatlichten Milizen, die ihre Interessen verfolgen. Hätten während des 1. und 2. Weltkriegs alle Staaten ihre Armeen nach Hause geschickt, hätte der Krieg nicht stattgefunden. „Heute brähe ein völliges Gewaltchaos aus“, sagte Eppler. Pazifismus im 21. Jahrhundert müsse sich deshalb fragen, wie man unter diesen Gegebenheiten Frieden schaffen könne. Solange ein Staat das Gewaltmonopol habe, könne man zwischen Staaten über Frieden reden. „Wenn es aber nicht gelingt, die Privatisierung und Entstaatlichung der Gewalt zu stoppen, werden wir keinen Frieden schaffen können“, hielt Eppler fest. Die Stärke eines Staates im 21. Jahrhundert bemesse sich nicht nach der Zahl seiner Divisionen, sondern nach der Fähigkeit und dem Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger, den Staat zu ihrer Sache zu machen. Das zunehmende Auseinanderklaffen der Armuts- und Reichtumsschere halte ein Staat nicht beliebig lange aus. „Frieden muss politisch geschaffen werden“, betonte Eppler abschließend.

→ WEITERLESEN:

Alle Reden sind auf der Homepage [www.offene-kirche.de](http://www.offene-kirche.de) unter AMOS-Preis-Verleihung nachzulesen.



Bild rechts: Ulrike Stepper, Vorsitzende der OFFENEN KIRCHE und der Jury des AMOS-Preises, und Marc Dolde, Vorsitzender des AMOS-Stiftungsrats, übergeben Jürgen Grässlin den AMOS-Preis

Bild unten: Grässlin, engagiert und deutlich



Begehrt von Ost und West: die Ukraine

→ Fortsetzung von Seite 1, links

dete die EU ihre „Nachbarschaftspolitik“, deren Ziel es war, neben der Ukraine und der Türkei Ägypten, Algerien, Armenien, Aserbeidschan, Belarus, Georgien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, die Republik Moldau, Marokko, die von Israel besetzten palästinensischen Gebiete, Syrien und Tunesien zu ihrem Einflussgebiet zu machen.

**Schwarz oder weiß**

Trotz der inzwischen gescheiterten „Nachbarschaftspolitik“ und der Lisabon-Strategie stellte die EU die Ukraine vor die Alternative: Entweder schrittweise Annäherung an die EU, verbunden mit der Aussicht auf eine spätere Vollmitgliedschaft, oder Hinwendung zu Russland und gemeinsam mit Weißrussland und Kasachstan Integration in die von Moskau geplante Eurasische Zollunion. Und dies, obwohl die Ukraine in ihrem wirtschaftlichen Überleben abhängig ist von guten Handelsbeziehungen mit Europa wie mit Russland. Dies käme einem wirtschaftlichen Würgegriff gleich.

**Von da an ging's bergab**

Seit der Eskalation des Konflikts nach der Weigerung von Ex-Präsident Janukowitsch im Nov. 2013, das Assoziierungsabkommen mit Brüssel zu unterzeichnen, hat die EU viele Deeskalationsmöglichkeiten nicht genutzt. Am 20. Februar 2014 wurde in Kiew ein Abkommen zwischen der Regierung Janukowitsch und der Opposition ausgehandelt unter Vermittlung der Außenminister von Frankreich, Polen und Deutschland, die durch ihre Unterschriften ausdrücklich als Garantemächte der Vereinbarung auftraten. Dennoch ließ die EU zu, dass dieses Abkommen innerhalb 24 Stunden von der Opposition zerrissen und der Präsident gestürzt wurde. In der darauf-

hin von der Opposition gebildeten Übergangsregierung nahmen fünf Minister der „Swoboda“ und des „Rechten Sektor“ Platz. Dagegen erhob die EU ebensowenig Einspruch wie gegen die Ankündigung der Übergangsregierung, Russisch als zweite offizielle Amtssprache der Ukraine abzuschaffen und den bis 2042 abgeschlossenen Vertrag mit Moskau über die Nutzung des Marinestützpunktes Sewastopol auf der Krim durch russische Seestreitkräfte bereits zum Jahr 2017 zu kündigen.

Dabei hätte die EU Instrumente gehabt, die konfliktverschärfende Politik der Übergangsregierung in Kiew zu korrigieren. Denn von den 27 Milliarden US-Dollar, die die Kiew für die Zeit bis Mitte 2018 von der EU, den USA und dem Internationalen Währungsfonds zugesagt wurden, soll der größte Anteil aus dem Brüsseler Haushalt kommen. Als die erste Tranche dieser Hilfsgelder im Herbst 2014 ausbezahlt wurde, kündigte die Regierung in Kiew an, von diesem Geld Waffen zu kaufen für den Krieg gegen die Aufständischen in der Ostukraine. Auch dagegen erhob die EU keinen Einspruch.

Mit der relativen Deeskalation des Krieges in der Ostukraine, die in Minsk bis Anfang März erreicht werden konnte, ist noch keines der ursächlichen Probleme gelöst. Die EU wäre gut beraten, ihre fatale Ukrainepolitik der letzten zehn Jahre zu korrigieren. Ein erster Schritt der Umkehr wären ernsthafte Verhandlungen Brüssels mit der Regierung in Moskau darüber, wie eine Zollunion der Ukraine mit der EU und eine Zollunion Kiews mit Moskau so miteinander vereinbar gemacht werden, dass der russische Markt nicht mit Billigprodukten aus der EU überschwemmt wird.

Andreas Zumach ist diplomatischer Korrespondent der taz und anderer Medien bei der UNO in Genf

OFFENE KIRCHE

**Jugendarbeit – Atomenergie – Geld für die Kirchengemeinden**

Bericht aus der Frühjahrssynode

VON HELLGER KOEPFF

Neue Zahlen über die Kinder- und Jugendarbeit in den Landeskirchen Baden und Württemberg liefert die Studie „Jugend zählt“, die neben den herkömmlichen Angeboten auch den Kindergottesdienst und musikalische Aktivitäten beleuchtet. Unter dem Leitmotiv „Landschaften statt Inseln“ diskutierte die Synode exemplarische Jugendarbeit bis zu Jungscharen und schulbezogener Jugendarbeit. 53.000 Ehrenamtliche sind in diesen Bereichen tätig, rund ein Fünftel der Kinder und Jugendlichen wird erreicht. Die demografische Entwicklung sowie die Veränderungen in den Schulen wirken sich schon jetzt auf die Aktivitäten aus. Daher dürften die einzelnen Arbeitsfelder nicht isoliert betrachtet werden, so die Autoren.

Die Dreifachkatastrophe von Fukushima liegt vier Jahre zurück. 2011 stellte die Landeskirche 1 Mio. € zur Verfügung. Unterstützt wurden Gemeinden und kirchliche Einrichtungen vor Ort (z. B. Kindergärten) und die Ausbildung in Seelsorge und Trau-mabewältigung, besonders Spätfolgen der nuklearen Katastrophe. Masami Kato, Koordinatorin der Hilfsprogramme des YWCA (Christl. Verein Junger Frauen) in Japan, berichtete über das Programm „Second House“. Es ermöglicht Familien betroffener Gebiete bis zu 14 Tage an einem sicheren Ort in Japan zu leben. Wohnungen werden vom YWCA angemietet mit Mitteln aus Württemberg.

OK-Synodale Carola Hoffmann-Richter beantragte, die Synode solle ihre Sicht auf die Nutzung von Atomenergie klären und Maßnahmen zur Energieeinsparung in der Kirche vorantreiben. Sie verwies auf die „Erklärung der Int. Konferenz zur Katastrophe von Ost-Japan“, die von der Vereinigten Kirche Christi in Japan im Frühjahr 2014 veranstaltet wurde.

Martin Plümicke, Mitglied der Gesprächskreisleitung der OK, forderte, aus den Kirchensteuerermehreinnahmen der Landeskirche von 2014 in Höhe von 80 Mio. Euro den Gemeinden sofort 30 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen. „Die Ausgleichsrücklage für die Gemeinden ist übervoll“, führte Plümicke zur Begründung an. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit nicht zur Abstimmung gebracht, sondern in den Finanzausschuss verwiesen. Dort wird er zusammen mit weiteren Anträgen verhandelt. Die OK hatte bereits letztes Jahr beantragt, in einem geordneten Verfahren die Ausgleichsrücklage so abzuschmelzen, dass die Gemeinden verlässlich das Geld erhalten, das ihnen zusteht. Es bleibt zu hoffen, dass den Zusagen anderer Gesprächskreise, dasselbe Ziel zu verfolgen, Taten folgen.

Weiter forderte die OK, einen „Rat der Religionen“ in Baden-Württemberg zu schaffen für eine verlässliche Gesprächs- und Vertrauensbasis. Mit der Einrichtung eines Kompetenzzentrums „Frieden und Dialog der Religionen“ bei der Evang. Akademie Bad Boll sollen die Beauftragten für den Dialog mit dem Judentum und dem Islam sowie dem Pfarramt für Friedensarbeit zusammengeführt werden. Alle Stellen sollen wieder auf 100% angehoben werden.



Dr. Carola Hoffmann-Richter und Masami Kato

GRIECHENLAND



## Die Auferstehung der Griechen ...

...und die große Chance für die Europäer, mehr zu sein als eine Gemeinschaft der Reichen

VON WOLFGANG KESSLER

Natürlich tun Wolfgang Schäuble, François Hollande, Jean Claude Juncker und die Eurobanker gegenüber der neuen griechischen Regierung gerne so, als ginge es ihnen nur um die Sache: Verträge sind einzuhalten. Und wer Schulden hat, muss eben sparen, so tönen Schäuble und Co.

Dabei liegen die Gründe für die Feindseligkeit der Mächtigen in der Europäischen Union gegen die neue griechische Regierung viel tiefer. Fast täglich führen der neue griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras und sein Finanzminister Gianis Varoufakis den Spitzeneuropäern das Versagen ihrer neoliberalen EU-Rettungspolitik vor Augen: Sie hat dem griechischen Volk die Würde genommen, viele von ihnen zu Almosen-Empfängern gemacht. Und sie ist darüber hinaus ökonomisch grandios gescheitert. Jetzt sind die Griechen auferstanden und haben eine Regierung gewählt, die ihnen ihren Stolz wiedergeben soll – und die Eurogranden zeigen sich erschüttert.

Die Auferstehung des griechischen Volkes bietet der Europäischen Union eine große Chance: nämlich ihre verfehlte Politik gegenüber den Kri-

senstaaten auf eine zukunftsfähige Grundlage zu stellen. Bisher hat die Troika die Folgen der Finanzkrise fast ausschließlich den normalen Menschen in Griechenland aufgebürdet. Gerettet haben sie nur Banken, Spekulanten und Gläubiger. Von den bis Mitte 2013 gewährten Finanzhilfen an Griechenland in Höhe von 207 Milliarden Euro sind gut 77 Prozent an den Finanzsektor geflossen – das räumt auch das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft ein.

Natürlich müssen Länder mit hohen Staatsschulden auch sparen. Doch statt vor allem europäische Banken und die für die Krise verantwortlichen Eliten des Landes zu belasten, haben die Mächtigen der Europäischen Union in erster Linie den Geringverdienenden in die Tasche gegriffen. Sie ließen die Renten und die Löhne kürzen. Krankenhäuser und Schulen wurden kaputtgespart. Patienten mit geringen Einkommen können sich keine Medikamente mehr leisten. Die Säuglingssterblichkeit ist stark gestiegen. Eine Politik, die die Griechen retten sollte, kam der Kreuzigung eines Volkes gleich.

Und bei alledem haben sich die großen sozialen Opfer nicht einmal ge-

lohnt: Beliefen sich die Staatsschulden 2008 noch auf etwa 100 Prozent der Wirtschaftsleistung, so sind es derzeit 170 Prozent. Man muss das Programm der linken Syriza-Regierung im Einzelnen nicht für richtig halten. Dennoch zeigt ihre Wahl durch die Griechen, dass diese eben nicht resignieren, nicht Faschisten wählen, die dann unter den Schwächsten nach Sündenböcken für die Krise suchen. Stattdessen haben die Griechen auf die Kreuzigung mit der eigenen Auferstehung reagiert.

Das bietet der Europäischen Union eine große Chance: Nämlich ihre gescheiterte Euro-Rettungspolitik so zu verändern, dass sie die Menschen rettet und nicht in erster Linie den Finanzsektor. Zu dieser Politik gehört ein Schuldenschnitt, der Griechenland einen Teil seiner Staatsschulden erlässt, damit das Land den anderen Teil zurückerzahlen kann. Wer dagegen auf Verträge pocht, sei daran erinnert, dass die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, darunter pikanterweise auch Griechenland, Deutschland 1953 einen großen Teil seiner Schulden erließen. Das war eine Grundlage für die Erholung des Landes. Und erinnert sei auch an US-Finanzminister Nicolas Brady. Er schuf Ende der 1980er Jahre mit sei-

nem Entschuldungsplan die Voraussetzung dafür, dass hoch verschuldete lateinamerikanische Länder wieder auf die Beine kamen. Genau solch einen Entschuldungsplan braucht jetzt Griechenland.

Und nicht nur dies: Aus der Krise wird das Land erst kommen, wenn nicht in erster Linie gespart, sondern nachhaltig investiert wird: in die Gewinnung von Energie aus Sonne, Wind und Wasser, – in den öffentlichen Verkehr, in die Infrastruktur, in Bildung, in eine effektive Steuerverwaltung, in Forschung und Entwicklung. Würde dies gelingen, könnte es nicht nur eine Auferstehung Griechenlands, sondern auch die Auferstehung der Europäischen Union einleiten. Sie würde sich dann als echte Wertegemeinschaft erweisen, die mehr kennt, als die Arroganz der Reichen.

Wolfgang Kessler ist promovierter Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler und Chefredakteur der christlichen Zeitschrift Publik-Forum. Er schrieb das Buch »Zukunft statt Zocken. Gelebte Alternativen zu einer entfesselten Wirtschaft«.



BUCHBESPRECHUNG

## Über das Meer

Mit Syrern auf der Flucht nach Europa – eine Reportage von Wolfgang Bauer

VON EBERHARD BRAUN

Millionen Syrer sind auf der Flucht. Beim Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu kommen, sterben Jahr für Jahr Hunderte von Menschen: das Mittelmeer ist die gefährlichste Seegrenze der Welt. Wolfgang Bauer, Jahrgang 1970, Redakteur der ZEIT, ist einer der Flüchtlinge geworden. In seinem Buch „Über das Meer“, 2014 bei Suhrkamp erschienen, schildert er die dramatischen Umstände dieser Fluchtversuche.

Im Gespräch erzählt er: Gerade aus Bagdad zurückgekommen, treibe ihn um, dass der Graben der Feindseligkeit und des Hasses zwischen schiitischen und sunnitischen Muslimen immer tiefer wird. Die Verfeindung der Gruppen und der Menschen hat Ausmaße angenommen, wie sie in Europa zur Zeit des dreißigjährigen Krieges herrschten. Und eine Lösung ist nicht in Sicht. Da sind Menschen, die einmal gute Nachbarn waren – und jetzt musst du jederzeit mit heimtückischem Überfall der andern rechnen. Milizen beherrschen die Szene und jene entsetzliche Organisation, die sich „Islamischer Staat“ nennt mit ihrem Programm, die Welt von Schiiten, Christen und anderen „Ungläubigen“ zu reinigen, so brutal, dass selbst Al Khaida sie verstoßen hat. Wolfgang Bauer erzählt im Epilog seines Buches von der Eskalation der Gewalt in Syrien:

„Ich bin in den vergangenen Jahren als Reporter für DIE ZEIT regelmäßig in dieses Land gereist. Ich habe miterlebt, wie Tausende von Menschen demonstrierten, weil sie sich gegen eine korrupte Regierung wehren wollten. Wie sie friedlich jeden Abend auf die Straße gingen, viele Monate lang, mit nichts als Transparenten, und jeden Abend von Bewaffneten des Regimes zusammengeschossen

wurden. Ich habe gesehen, wie sich diese Demonstranten selbst zu bewaffnen begannen, wie sie zurückschossen. Wie aus dem friedlichen Aufstand ein blutiger Bürgerkrieg wurde. Ich war in Syrien, als die Rebellen erste Städte freikämpften. Ich habe gesehen, wie das Regime die Krise immer weiter eskalieren ließ, wie es Kampftubschrauber einzusetzen begann, wenig später Kampffjets, dann Boden-Boden-Raketen, die ganze Nachbarschaften in Trümmer legten.“

Die Weitsichtigen, Gebildeten und Wohlhabenden und also die Träger der Kultur, sind geflohen. Die anderen haben sich radikalisiert. Millionen Syrer sind auf der Flucht und viele von ihnen sterben auf dem Weg nach Europa!

Bauers Appell: „Wir müssen dem endlich ein Ende machen. Wir dürfen nicht länger zusehen. Wir könnten ihren Tod verhindern, aber wir tun es nicht, weil es uns zu teuer ist, sie bei uns leben zu lassen. Was geschehen ist, kann nicht rückgängig gemacht werden. Aber wir können die, die

die Folgen unserer Politik überlebt haben, jetzt massiv unterstützen. In einem großen Akt der Barmherzigkeit.

Wir haben es in Europa schon einmal getan. Als die Kriege auf dem Balkan wüteten, gewährten wir Flüchtlingen aus der Region uneingeschränkt Asyl. Wer nachweisen konnte, dass er aus Bosnien-Herzegowina stammt, durfte sich nach Deutschland retten. Ohne aufwendiges Verfahren. Wir ließen während des Bosnienkrieges alle zu uns kommen – mit der Auflage, dass sie in ihre Heimat zurück müssen, wenn sie wieder friedlich geworden ist. Dreihundertfünfzigtausend Menschen suchten in dieser Zeit in Deutschland Schutz, und sie alle, bis auf zwanzigtausend Härtefälle, kehrten nach Hause zurück. Wie lange noch wollen wir ihnen (den Syrern) beim Ertrinken zusehen? Wie lange noch wollen wir eine Generation junger Syrer in die Illegalität zwingen? Sie in die Hände von Schleppern treiben? Wie lange noch verraten wir uns selbst? Die Kriege in Nahost verändern auch uns Europäer. Wir verrohen, schleichend und allmählich. Indem wir versuchen, uns zu schützen, zerstören wir uns selbst. Wir dürfen das nicht zulassen. Zwingt die Frauen, Männer, Kinder nicht länger auf die Boote. Öffnet die Grenzen, jetzt. Habt Erbarmen.“

Ein wichtiges Buch! Ein richtiger und wichtiger Appell!

Und dann ist da noch etwas: Vielleicht müsste man auch noch fragen, ob Meßstetten am Truppenübungsplatz Heuberg (peng!peng!) wirklich ein guter Ort ist für die Erstaufnahme von Menschen, die vom Krieg traumatisiert sind!?



PERSONALIEN

In der OK-Geschäftsstelle gibt es einen Wechsel. Sabine Hutter, die sich seit Anfang 2012 um Buchungen und die Mitgliederverwaltung gekümmert hat, hört auf. Nachfolgerin wird **GABRIELE SCHWARZINGER**. Sie ist ab 1.4. unter der Adresse Geschäftsstelle OFFENE KIRCHE, 71254 Ditzingen, Tel. 07156/6029346 zu erreichen.



Pfarrer **JOACHIM SCHLECHT** wird neuer Asylpfarrer des Kirchenkreises Stuttgart und landeskirchlicher Beauftragter für Asyl und Migration. Er folgt damit Werner Baumgarten, der Ende Juli in den Ruhestand geht. Joachim Schlecht arbeitet derzeit als Klinikseelsorger in Bad Cannstatt. Neben der Beratung und Seelsorge von Asylsuchenden versteht er sich als kritische Stimme, die auf wunde Punkte in der Asylpolitik hinweist, etwa wenn es um den Nutzen der Flüchtlinge für die Gesellschaft geht. „Auch die Würde derer, die nicht unmittelbar nützen, ist zu schützen.“

VORSTAND

An der Mitgliederversammlung am 21. März wurde der Vorstand für die nächsten zwei Jahre gewählt:



Von links: Hans Dürr (Rechner), Renate Lück, Gerhard Schubert (Stellv. Vorsitzender), Martin Plümicke, Erika Schlatter-Ernst (1. Vorsitzende), Uli Maier, Ruth Bauer, Ralf Häußler, Amelie Hödl (Abgeordnete der Synodalen). Es fehlt Harald Kretschmer (Abgeordneter der Synodalen)

TERMINE

Der Evangelische Kirchentag in Stuttgart vom 3. bis 7. Juni hat das Motto „damit wir klug werden“. Die OK wird einen Stand auf dem Markt der Möglichkeiten haben.



Generalsekretärin Ellen Ueberschär, Kirchentagspräsident Andreas Barner und Landesbischof Frank Otfried July beim Plakatieren.

**Wir wollen eine Kirche**

die sich im Namen der christlichen Botschaft Auseinandersetzungen mit gesellschaftlichen und politischen Verantwortungsträgern stellt

die die Vielfalt der Religionen in unserem Land achtet und sich für respektvolles Zusammenleben und offenen Dialog einsetzt

die deutlich eintritt für eine Politik des gerechten Friedens. Dies schließt die Abkehr von militärischen Optionen, die militärische Abrüstung und ein Verbot deutscher Rüstungsexporte ein.

AUS DEM WAHLPROGRAMM DER OK

LAIZISMUS

# Sinnstifterin für mündige Bürger

Ein Plädoyer für öffentliche Religion

VON JÖRG BOSS

Will man über das Verhältnis von Kirche und Staat nachdenken, kommt man an Frankreich nicht vorbei. Seit 1905 herrscht dort Laizität (*laïcité*). Die Religion, so die Argumentation, ist reine Privatsache, sie ist folglich im öffentlichen Raum nicht präsent. Auch in Deutschland wird immer wieder der Ruf nach einer strengeren Trennung von Kirche und Staat laut.

Wie die Kirche ihren Einfluss ausübt, ist eine heikle Angelegenheit. Zu oft hat sie missbräuchlich gehandelt, ist mit ihrem moralischen Zeigefinger den existentiellen Nöten von Menschen, die sich vor ethische Entscheidungen gestellt sehen, nicht gerecht geworden. Die Kirche hat in Wertediskussionen einen Beitrag zu leisten. Es scheint aber so, als würde sie in einer zunehmend säkularisierten Gesellschaft darin ihre Legitimität zu begründen suchen. Doch damit reduziert sie ihre Botschaft und stellt sich selbst ein Bein.

Die Kirche erfüllt einen weit aus wichtigeren Dienst. Sie schafft eine

Brücke zur Transzendenz. Sie stiftet Sinn. Wer in Frankreich eine Staatszeremonie erlebt, der wird merken, dass hier die Republik quasireligiösen Charakter bekommt. Die Republik, die Demokratie ist das Beste, was unsere Gesellschaft politisch erreicht hat. Sobald sie aber transzendente Qualitäten erhält, sobald sie transzendent legitimiert wird, ist die Demokratie überfordert. Nationalistische Stimmen, wie der „Front National“ gedeihen auf solchem Boden.

Es ist andererseits fatal, wenn Religion Politik zu legitimieren sucht. Der Staat braucht eine aufgeklärte Religion neben sich. Das muss nicht die christliche sein! Die Türkei steht übrigens als laizistischer, ursprünglich muslimisch geprägter Staat vor ähnlichen Problemen wie Frankreich.

In Deutschland begründet die Religion nicht den Staat, aber sie erfüllt einen wichtigen Zweck. Die Kirche gibt dem Menschen ein Sprachrohr für Anliegen, die mit weltlichen Instituti-

onen nicht abzudecken sind. Ein Beispiel: Nach dem Amoklauf in Winnenden 2009 besuchten Kanzlerin und Bundespräsident einen Gottesdienst, der im Fernsehen übertragen wurde. Hier fand die Trauer der Menschen im ganzen Land, ob religiös oder nicht, angemessenen Ausdruck.

Ein Lehrstück für die Probleme säkularer Gesellschaften ist der neue Roman von Michel Houellebecq. „Unterwerfung“ wird interpretiert als eine Satire auf die Korrumpierung der Politik, die im Ernstfall nationalistischen Bewegungen nichts entgegenzusetzen hat. Bevor die Ideologie siegt, gibt sich der Staat in die Hände der Politik, wenn auch konservativen, Religion. Auch der Protagonist findet dort seine neue Heimat.

Die Laizität führt also nicht zur großen Freiheit. Sie lässt auch nicht den „heiligen Rest“ in der Kirche zurück. Sie schafft vielmehr ein Transparenzloch, das von irgendjemandem oder irgendetwas wieder gefüllt wird. Es stehen genug Ideologien bereit.



Vandancourt in Frankreich: Die Kirche ist aus Denkmalschutzgründen renoviert, für die Renovierung des Pfarrhauses fehlt das Geld.

INTERRELIGIÖSER DIALOG

# Damit es anders wird zwischen uns

VON DORIS STRAHM

Viele Länder Europas haben sich in den letzten Jahrzehnten von christlich geprägten zu religiös pluralistischen Gesellschaften gewandelt. Dies löst bei vielen Menschen Verunsicherungen und Ängste vor den „Anderen“ aus. Terrorakte, wie wir sie in diesen Tagen erlebt haben und die angeblich im Namen der Religion ausgeführt wurden, nähren speziell die Angst vor der fremden Religion „Islam“. Gewisse politische Kreise schüren diese Angst und treiben eine Spaltung unserer Gesellschaften in „Wir“ und die „Anderen“ voran. Wie können wir diesen Entwicklungen entgegenwirken und das multireligiöse Zusammenleben positiv gestalten – und was kann der interreligiöse Dialog dazu beitragen? Vieles ist Aufgabe des Staates und der Politik; interreligiöse Begegnungen und Gespräche können aber Bewusstseinsprozesse in der sog. Mehrheitsgesellschaft in Gang setzen.

Ein erster wichtiger Schritt ist, Vorurteile abzubauen und die „Anderen“ kennenzulernen. Denn die Ängste vieler Menschen gegenüber dem Islam sind zum größten Teil von Vorurteilen und Klischees genährt. Gegen Vorurteile hilft nur eins: mehr Wissen über den Islam und konkrete

Begegnungen mit Muslim\_innen. Ihre Vorstellungen vom Leben und ihre Träume zu kennen, Einblicke zu erhalten in ihre religiösen Traditionen, in die Vielfalt ihrer Lebensweisen und Alltagsgestaltung hilft nicht nur, Misstrauen und Ängste abzubauen. Die Begegnungen machen auch bewusst, dass Menschen anderer Religionszugehörigkeit – wie wir auch – nicht auf ihre Religion zu reduzieren sind und ihre Biografien so vielfältig und unterschiedlich sind wie unsere.

**Interreligiöser Dialog**

Um Kennenlernen und Begegnung geht es im interreligiösen Dialog. Dialog bezeichnet dabei eine Haltung: den anderen Menschen als prinzipiell gleichberechtigtes und gleichwertiges Du zu respektieren – trotz Differenzen und Unterschieden. Es geht darum, sich in die Anderen hineinzuversetzen und sie so zu verstehen, wie sie sich selbst verstehen; einen Perspektivenwechsel vorzunehmen und mit den Augen der Anderen sehen zu lernen. Ein wesentliches Merkmal der dialogischen Haltung ist auch die Lern- und Veränderungsbereitschaft: Menschen begegnen sich nicht als Wissen, sondern als Lernende – bereit, sich in der Begegnung bereichern und ver-



ändern zu lassen, sich zu öffnen für die vielfältigen und unterschiedlichen Facetten der menschlichen und der göttlichen Wirklichkeit. Im Dialog geht es darum, Gemeinsamkeiten zu entdecken, anstatt einen radikalen Gegensatz zwischen dem Eigenen und dem Anderen zu konstruieren und das Trennende in den Vordergrund zu stellen.

**Frauen im interreligiösen Dialog**

Während die offiziellen Religionsdialoge mehrheitlich von Männern dominiert sind, gibt es auch viele Dialogprojekte von Frauen, die leider noch wenig zur Kenntnis genommen werden: die Interreligiöse Konferenz Europäischer Theologinnen, die Sarah-Hagar-Initiative, das Europäische Projekt für interreligiöses Lernen, der Interreligiöse Think-Tank und das Interreligiöse Forum INTA. Daneben existieren an vielen Orten lokale interreligiöse Gesprächskreise von Frauen. In diesen geschieht oft ein „Dialog des Lebens“, in dem es nicht in erster Linie um Debatten über die richtige „Lehre“ geht,

sondern um das Kennenlernen anderer religiöser Traditionen, um persönliche Begegnungen, den Austausch über praktische Themen des Alltags und um das Teilen des gelebten Glaubens. Dies hat u.a. damit zu tun, dass Frauen im interreligiösen Dialog selten Repräsentationsrollen einnehmen, da in allen Religionen religiöse Autorität und Leitungsämter mehrheitlich in den Händen von Männern liegen und sie deshalb oft freier sind, ihre eigene Meinung zu äußern. Die Erfahrung, dass in allen Religionsgemeinschaften Frauen an den Rand gedrängt werden und Männer die Definitionsmacht innehaben, bildet eine gemeinsame Basis, die Frauen unterschiedlicher Religionszugehörigkeit verbindet. Viele Frauen haben deshalb meist auch einen kritischen Blick auf die eigene Religion und wollen die frauenfeindlichen religiösen Traditionen und Strukturen verändern. Sie eignen sich die Definitionsmacht an, lesen die Heiligen Schriften mit ihren eigenen Augen und suchen nach den befreienden Elementen in ihren religiösen Traditionen, um die patriarchalen, Ausschluss und Gewalt fördernden Strukturen religiöser Traditionen zu transformieren. Viele im Dialog engagierte Frauen legen das Gewicht stärker auf ethische als auf dogmatische Fragen. Es geht ihnen um die Gestaltung eines gesellschaftlichen Zusammenlebens, in dem alle Religionen gleichberechtigt sind. Männer und Frauen respektvoll miteinander umgehen und religiöse und kulturelle Vielfalt wertgeschätzt wird.

Dr. theol. Doris Strahm ist Mitgründerin des Interreligiösen Think-Tank, [www.interrelthinktank.ch](http://www.interrelthinktank.ch)

→ WEITERE INFORMATIONEN: „Leitfaden für den interreligiösen Dialog“, [info@interrelthinktank.ch](mailto:info@interrelthinktank.ch)

**Offene Kirche JK**  
Evangelische Vereinigung in Württemberg

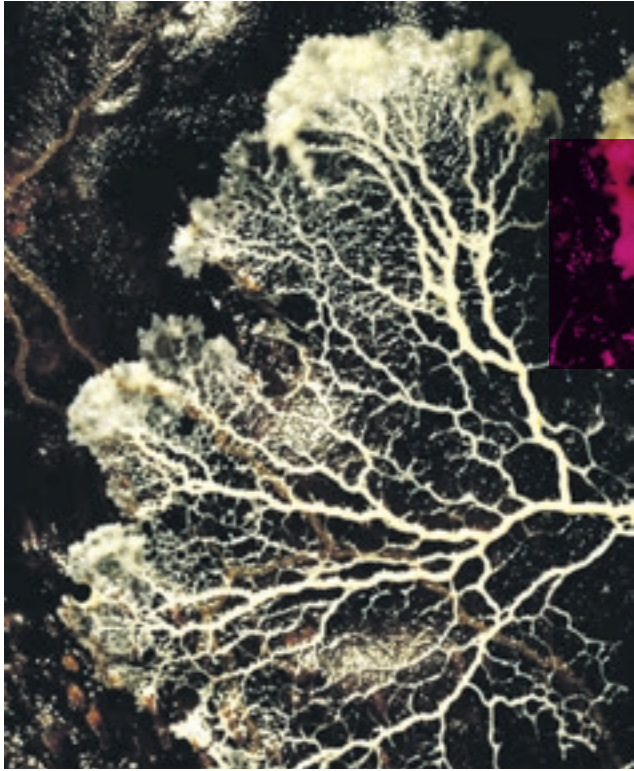
Offene Kirche Geschäftsstelle

Gabriele Schwarzingler  
Ditzenbrunner Straße 71

71254 Ditzingen

**Für Vielfalt und Gerechtigkeit – mit Profil und Biss**





*Der vernünftige Mensch passt sich der Welt an; der unvernünftige besteht auf dem Versuch, die Welt sich anzupassen. Deshalb hängt aller Fortschritt vom unvernünftigen Menschen ab.*

GEORGE BERNARD SHAW

## Eine kleine Theobiologie der Schleimpilze

VON EBERHARD BRAUN

**W**enn in diesen Frühlingstagen die Sonne auf einer Allgäuer Alm den Schnee aufleckt, könnten wir den Naturfilmer Karlheinz Baumann mit seiner Kamera dort antreffen auf der Suche nach seinen Lieblingslebewesen, den Schleimpilzen.

„Als wären sie nicht von dieser Welt“ heißt sein Film über die Myxomyceten, kaum bekannte, geheimnisvolle Wanderer zwischen den großen Reichen des Lebens – den Tieren und den Pflanzen.

Was mich besonders fasziniert: Schleimpilze sind und bleiben – unabhängig von ihrer Größe – einzellige Lebewesen, allerdings mit vielen, manchmal Millionen Zellkernen. Ein einzigartiger Lebensentwurf! Die Riesenzelle wird so groß wie eine

menschliche Hand, bei manchen Arten breitet sie sich aus über einen bis zwei Quadratmeter. Zwei Plasmodien bewegen sich aufeinander zu, sie verschmelzen, Adern werden sichtbar, das Gebilde bewegt sich fort, teilt sich und vereint sich wieder, überwindet Hindernisse und bleibt immer eins! In einem japanischen Experiment wird dokumentiert, wie ein Schleimpilz den kürzesten Weg in einem Labyrinth findet. Das lässt manche gar von „Intelligenz“ sprechen.

Ich bin fasziniert und denke unwillkürlich: vermutlich hat Paulus so was gemeint, wenn er von der christlichen Gemeinde als dem einen Leib mit den vielen Gliedern geschrieben hat! Im Bild der Myxomyceten wäre das noch zu steigern: **Wir sind eine Zelle, aber mit vielen Kernen.**

Und nicht nur auf Christinnen und Christen in aller Welt, in allen Kirchentümern, Traditionen und Denominationen sollte das bezogen werden: Eine Theobiologie der Schleimpilze könnte anregen zum Abbau der übermächtigen Zellwände – Grenzen zwischen Personen, Familien, Sippen, Stämmen, geistigen Traditionen, Nationen, Religionen – sie sind nicht lebensnotwendig! Und das könnte helfen, die eisigen Zeiten zu ertragen und bereit zu sein für „Aufbruch und Reise“ (Hesse): Wenn die Zeit reif ist, entfaltet sich unwahrscheinliches Leben.

*Das Geringe vor der Welt und das Verachtete hat Gott erwählt, das, was nichts ist ... (1.Kor 1, 27)* – zum Beispiel Schleimpilze, Myxomyceten, die keiner kennt!

### IMPRESSUM

Die Zeitung **anstöße** der Offenen Kirche wird herausgegeben vom Vorstand der Offenen Kirche.

Vorsitzende: Erika Schlatter-Ernst  
Ehrenvorsitzender: Fritz Röhm

Geschäftsstelle und Bestelladresse:  
Gabriele Schwarzwinger, Ditzelbrunner Str. 71,  
71254 Ditzingen, Telefon 0 71 56-6 02 93 46,  
geschaeftsstelle@offene-kirche.de

Konten:  
OFFENE KIRCHE – Evang. Vereinigung in  
Württemberg:  
IBAN: DE81 6305 0000 0001 6614 79,  
BIC: SOLADES1ULM (Sparkasse Ulm)  
Dieses Konto ist für Mitgliedsbeiträge und  
Spenden für die OFFENE KIRCHE; bitte geben  
Sie jeweils den Verwendungszweck an.  
AMOS-Preis-Konto:  
IBAN: DE55 5206 0410 0003 6901 56,  
BIC: GENODEF1EK (EKK Stuttgart)  
Dieses Konto ist für Spenden eingerichtet worden  
für den AMOS-Preis und für Zustiftungen.

Redaktion:  
Jörg Boss (V.i.S.d.P.), Renate Lück, Rainer Weitzel,  
Eberhard Braun, Ulrich Immendorfer.  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die  
Meinung des/der Verfasser\_in wieder und stellen  
nicht unbedingt die Meinungen der Herausgeber\_innen  
oder der Redaktion dar.

Redaktionsadresse:  
Renate Lück, Friedrich-Ebert-Straße 17/042,  
71067 Sindelfingen, renaete.lueck@offene-kirche.de

Gestaltung und Satz: www.solutioncube.com

Druck: Druckzentrum Neckar-Alb

Versand:  
Behindertenzentrum (BHZ),  
Stuttgart-Fasanenhof

Erscheinungsweise:  
Die Zeitung **anstöße** der OFFENEN KIRCHE  
erscheint nach Bedarf.

Bildnachweis:  
Titel: Fritz Röhm; S. 2 links: privat, rechts oben:  
Fritz Röhm, unten: Harald Thomas; S. 3 oben:  
Sven Teschke, unten: Hellger Koepff; S. 4: privat;  
S. 5 oben: Lück, darunter: privat, unten: Robby  
Hörschele; S. 6 oben: DEKT/Wilson, unten: Jörg  
Boss; S. 8: Karlheinz Baumann (www.baumann-  
naturfilme.de)

Auflage: 10.000 Exemplare

Wir bitten ausdrücklich um Zusendung von  
Manuskripten, Diskussionsbeiträgen,  
Informationen, Anregungen und LeserInnen-  
briefen. Die Redaktion behält sich das Recht  
an Kürzungen vor.

Umweltfreundlich gedruckt auf  
80% Recycling-Papier.

**Offene Kirche JK**

Weitere Informationen über die Offene Kirche  
und aktuelle Berichte zu unseren Themen finden  
Sie unter [www.offene-kirche.de](http://www.offene-kirche.de)

### Zu guter Letzt:

Eine Zeitung kostet Geld. Wenn Sie die *anstöße* der OFFENEN KIRCHE gut finden und unterstützen möchten, würden wir uns über eine Spende freuen:

Konto der OFFENEN KIRCHE,  
Evangelische Vereinigung in  
Württemberg:  
Sparkasse Ulm  
IBAN  
DE81 6305 0000 0001 6614 79  
BIC SOLADES1ULM

**Dankeschön!**



#### Ich will die Offene Kirche kennen lernen:

Senden Sie mir bitte ausführliches Informationsmaterial zu:

- Ein Probeexemplar der „anstöße“
- Das aktuelle Wahlprogramm der Offenen Kirche
- Den elektronischen Newsletter (auch im Internet abrufbar)
- Nennen Sie mir bitte den Namen eines Ansprechpartners/in in der für mich zuständigen Bezirksgruppe.

#### Ich will die Offene Kirche unterstützen:

- Bitte senden Sie mir einen Mitgliedsantrag zu (auch im Internet abrufbar)

Bei Fragen dürfen Sie sich gerne an die Geschäftsstelle der OFFENEN KIRCHE wenden:

Tel.: 0 71 56-6 02 93 46  
Mail: [geschaeftsstelle@offene-kirche.de](mailto:geschaeftsstelle@offene-kirche.de)

### Absender/in

NAME

STRASSE

PLZ/ORT

TELEFON/FAX

E-MAIL

GEBURTSTAG\*

BERUF\*

\*Freiwillige Angabe

[www.offene-kirche.de](http://www.offene-kirche.de)